

# **Ideal für autoritäre Formierung**

## **Faschistisches Projekt oder rechter Flügel eines autoritären Kapitalismus? Zur Funktionsbestimmung der »Alternative für Deutschland«**

Von Sebastian Friedrich

Noch will auf Bundes- wie auf Länderebene niemand offen mit der AfD zusammenarbeiten, und auch auf der Kapitalseite gilt die Partei vielen als zu extrem. Doch die AfD könnte zum Instrument werden, um gesellschaftliche Unzufriedenheit nach rechts zu reintegrieren und einen autoritäreren Kapitalismus politisch abzusichern. Zugleich trägt sie das Potential in sich, sich zu einer offen faschistischen Partei zu entwickeln.

Was soll man der AfD politisch wirksam entgegensetzen? Diese Frage ist alles andere als einfach zu beantworten, hilfreich ist aber sicherlich nicht, sich mit bloßer Skandalisierung zu begnügen oder auf Verteidigung des Status quo zu setzen. Um die Frage nach den Handlungsperspektiven substantiell beantworten zu können, muss untersucht werden, welche Funktion das rechte bis extrem rechte Projekt heute erfüllt und künftig erfüllen könnte. Wer die Entwicklung von Partei und ihrem Vorfeld bloß als stetige Faschisierung begreift, unterschätzt ihre Integrationsfähigkeit in das parlamentarisch-demokratische System. Wer die AfD umgekehrt als rechte Partei unter anderen behandelt, verharmlost ihr faschistisches Potenzial. Für die Untersuchung der Funktionsbestimmung der AfD ist es notwendig, die inneren Kräfteverhältnisse in Partei und Vorfeld zu untersuchen: Welchen Weg wollen die maßgeblichen Akteure einschlagen, und unter welchen Bedingungen könnte sich welche Linie durchsetzen?

### **Krise des Kapitalismus**

Wer die AfD verstehen will, muss bei der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus anfangen. Wir haben es seit Jahren mit einer Verdichtung verschiedener Verfallserscheinungen zu tun, die weit über eine bloße Konjunkturdelle hinausgehen. Es ist eine Krise der gesamten gesellschaftlichen Formation: der Akkumulation, der politischen Repräsentation, der vorherrschenden Ideologien und der sozialen Reproduktion. Die, die unten sind, wollen das Bestehende immer weniger, die, die oben sind, scheinen es immer weniger aufrechterhalten zu können.

In weiten Teilen Europas setzte die aktuelle Krise des Kapitalismus 2008 ein. Ökonomisch wurde die Entwicklung in Deutschland einige Jahre lang noch durch das aggressiv durchgesetzte deutsche Exportmodell überdeckt, politisch aber deutete sich bereits vor der Gründung der »Alternative für Deutschland« im Jahr 2013 eine Misere an. Nicht zuletzt aufgrund des seit Angela Merkel

herrschenden Trends, alles mit Sachzwängen und einer angeblichen Alternativlosigkeit zu begründen und damit die gesellschaftliche Debatte zu sedieren, wandten sich immer mehr Menschen von der Politik ab.

Hinzu kamen wachsende soziale Spaltung, Reallohnverluste, Prekarisierung, Klimakrise und zuletzt Inflation, Energiekrise, Krieg und fortschreitende Militarisierung von Staat und Gesellschaft. Für die arbeitende Klasse ist diese Krise keine vorübergehende Phase, sondern bedeutet für sie eine dauerhafte Erosion von Berechenbarkeit. Das befördert einen Zukunftspessimismus, der sich mal resignativ, mal nostalgisch, mal offen aggressiv als Zerstörungslust ausdrückt.

Um diesem Niedergang zu begegnen, setzte der herrschende Machtblock eine Zeitlang - im Sinne eines grünen Kapitalismus - auf eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus. Das Projekt geriet in den vergangenen Jahren ins Stocken, ist vielleicht sogar schon längst gescheitert. Immer mehr ist eine Strategie zur Bearbeitung der Krise erkennbar, die mit Frank Deppe als autoritärer Kapitalismus bezeichnet werden kann. Charakteristisch für einen solchen sind ein verschärfter Klassenkampf von oben, eine Intensivierung der Ausbeutung, Aufrüstung nach außen, damit einhergehende Disziplinierung nach innen samt Rückbau demokratischer Spielräume.

## **Rechte Nutznießer**

Keine andere Partei hat aus dieser Krise bisher so viel politisches Kapital geschlagen wie die AfD. Von Anfang an sammelten sich in ihr zum einen nationalkonservative Abtrünnige aus der Union, die schon zuvor versucht hatten, den rechten Flügel der CDU zu stärken. Zum anderen hatte, nachdem die Eurokrise die Widersprüche innerhalb des Kapitals vertieft hatte, ein Teil der Kapitalbesitzer ein Interesse an der Parteigründung. Während in Deutschland führende, auf Export setzende Kapitalfraktionen an der Euro-Währung und der EU festhielten, artikulierte reaktionäre Kreise scharfe Vorbehalte gegen die europäische Integration. Hier ist eine für die Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellte [Studie von Frederic Heine und Thomas Sablowski](#) aus dem Jahr 2013 aufschlussreich: Demnach sprach sich der Verband »Die Familienunternehmer«, in dem neben großen auch viele kleinere und mittlere Unternehmen organisiert sind, klar gegen die »Rettungspolitik« der Bundesregierung, gegen eine weitere wirtschaftspolitische Europäisierung, für einen »Grexit« und für eine weitere Verschärfung fiskalpolitischer Maßnahmen aus.

Dementsprechend war die AfD in ihrer frühen Phase vor allem ein Projekt von Konservativen am rechten CDU-Rand und national orientierten Ordoliberalen, die als Stimme nichtmonopolistischer, »kleinerer« Kapitalfraktionen auftraten. Erst nach 2015 gelang es der AfD, auch breitere Massen zu erreichen. So kann sie laut Umfragen mittlerweile vor allem bei jenen Punkten, die sich selbst als Arbeiter einordnen. Auch wenn man das relativieren muss, weil es sich um Selbsteinschätzungen handelt und viele Arbeiterinnen und Arbeiter aus Enttäuschung gar nicht wählen gehen oder es nicht dürfen, weil sie keine deutschen Staatsbürger sind, ist mit Blick auf Studien und Erhebungen des DGB davon auszugehen, dass die AfD überproportional in der arbeitenden Klasse punkten kann. So konnten Linus Westheuser und Thomas Lux 2024 in

ihrer Studie [»Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung«](#) zeigen, dass die AfD überproportional von Arbeitenden in der Produktion und im Dienstleistungsbereich gewählt werden.

Dieser Erfolg beruht darauf, dass die neoliberalen Versprechen – etwa dass sich Leistung lohnt und Wohlstand allen zugute kommt – heute kaum noch jemand glaubt. Auf das Ende des Traums vom Aufstieg folgte erst Abstiegsangst und für viele inzwischen tatsächlich eine drastische Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Deregulierung, Privatisierung, Druck auf Löhne, Ausbau des Niedriglohnsektors, Prekarisierung und verschärfte Konkurrenz unter Lohnabhängigen erzeugen eine nachvollziehbare, aber diffuse Ablehnung des Bestehenden. Sozialistische Kräfte haben es offenkundig bislang nicht geschafft, diese Ablehnung ausreichend aufzugreifen und mehr Menschen links zu politisieren.

In die Lücke der wachsenden Distanz zwischen Regierten und Regierenden konnte die AfD stoßen, auch weil die sogenannte Flüchtlingskrise ab 2015 besonders geeignet war, von den wahren Gründen für das Bündel sozialer wie politischer Krisenerfahrungen abzulenken. Bereits 2016 verkündete Björn Höcke, die neue deutsche soziale Frage sei nicht mehr eine zwischen oben und unten, sondern eine zwischen innen und außen. So gelang es der AfD, die vorhandene Unzufriedenheit aufzugreifen und für sich zu nutzen.

## **Neue Bruchlinie Geopolitik**

Trotz aller Rechtsverschiebungen seit ihrer Gründung ist die AfD noch immer eine heterogene rechte bis extrem rechte Partei, was es sowohl für kritische Beobachter als auch staatliche Institutionen schwer macht, sie zu fassen. In AfD und Vorfeld sammeln sich weiterhin unterschiedliche ideologische Strömungen: Nationalkonservative, Libertäre, an nationalen Institutionen orientierte Ordoliberalen, offen Rechtsextreme. Die zentrale Konfliktlinie verläuft jedoch weniger entlang weltanschaulicher Fragen als entlang strategischer Erwägungen, worauf etwa der Historiker Helmut Kellershohn vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) schon lange hinweist. Davon ausgehend lässt sich analytisch zwischen zwei Linien unterscheiden: einer realpolitischen und einer fundamentaloppositionellen.

Die realpolitische Linie setzt darauf, die AfD mittelfristig so weit zu normalisieren, dass sie an einer Verschiebung der politischen Mitte mitwirken kann. Ihr Ziel ist nicht der offene Bruch mit der parlamentarischen Demokratie, sondern die schrittweise Verschiebung dessen, was als legitime rechte Politik gilt. Das Ziel der realpolitischen Linie ist es, die AfD als autoritärere, nationalistischere Kraft innerhalb des bestehenden Parteienspektrums zu etablieren. Demgegenüber steht die Vorstellung einer fundamentaloppositionellen Bewegungspartei. Diese Linie will die Radikalität so lange aufrechterhalten, bis man selbst stark genug ist, anderen die Bedingungen einer Zusammenarbeit zu diktieren; im Rahmen des politischen Systems zwar, aber perspektivisch auch mit dem Ziel, am verfassungsrechtlichen Gerüst der Bundesrepublik zu rütteln. Der Strategiekonflikt ist laut dem rechten Vordenker Götz Kubitschek ([vgl. das DLF-Radiofeature »Deutsches Denken«, 10.9.2025](#)) weniger ein weltanschaulicher Konflikt, sondern im Kern ein Methodenstreit über die

Frage, ob man eher den parlamentarischen Weg geht oder stärker auf eine Bewegung setzt.

Das fundamentaloppositionelle Lager hat das Erscheinungsbild der Partei in den vergangenen Jahren stark geprägt. Dem steht nicht entgegen, dass programmatisch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik weiterhin ein neoliberaler Sound vorherrscht, der stark an das erinnert, was auch aus Teilen von Union und FDP zu hören ist. Die AfD hat sich radikalisiert, ohne ökonomisch ein alternatives Projekt ausgebildet zu haben. Daran änderte auch die früher zeitweise geführte Auseinandersetzung um die Wirtschafts- und Sozialpolitik nichts, die seit einigen Jahren befriedet ist. An ihre Stelle ist ein neuer, unterhalb der Strategiefrage sich abspielender Konflikt getreten: die geopolitische Ausrichtung der Partei. Gerade in der Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik verlaufen heute sichtbare Bruchlinien zur politischen und wirtschaftlichen Elite.

## Zwei Wege zur Macht

Aus diesen beiden Linien ergeben sich zwei unterschiedliche Wege zur Macht. Der erste ist das italienische Modell der »Melonisierung«. Giorgia Meloni hat gezeigt, wie eine postfaschistische Partei durch partielle Anpassung an das Establishment regierungsfähig werden kann. Zentral dafür sind Zugeständnisse in entscheidenden Politikfeldern, vor allem eine pragmatische Anpassung nach außen: Transatlantismus und keine offene Ablehnung von EU sowie NATO. Der zweite Weg ist das österreichische Modell der »Kicklisierung«. Herbert Kickl hat die FPÖ als maximal konfrontative Kraft gegen das Establishment positioniert. Diese Strategie setzt weitgehend auf Kompromisslosigkeit und das möglichst lange Verbleiben in der Fundamentalopposition, um später aus einer Position größerer Stärke heraus den Ton angeben zu können.

Der Konflikt zwischen diesen Modellen, zwischen Realpolitik und Fundamentalpolitik, der auch in der AfD schwelt, zeigt sich exemplarisch am Umgang der Partei mit der Union. Da gibt es einerseits diejenigen, die sich wie Maximilian Krah offen eine Implosion der Union wünschen [und die Frage bejahen, ob die Zerstörung der Union das Ziel der AfD sei](#). Auch wenn Krah inzwischen eine etwas andere Position vertritt und eher dem realpolitischen Pol zugerechnet werden kann, stehen seine früheren Aussagen exemplarisch für eine von vielen anderen in Partei und Vorfeld vertretene Position, wonach die Union der strategische Hauptgegner ist. Sie wünschen sich die AfD als einzig starke Kraft innerhalb des rechten politischen Spektrums, für die Union ist allenfalls die Rolle eines geschröpften und devoten Mehrheitsbeschaffers vorgesehen.

Vertreter eines zumindest taktischen »Melonismus« hingegen wünschen sich eine Besinnung der Union auf einen rechteren Kurs. Sie sprechen, wie etwa Alexander Gauland es jüngst in einem Gespräch mit *Nius* formuliert hat, von einer »Wiedervereinigung des bürgerlichen Lagers«, also einer Zusammenarbeit zwischen AfD und Union. Dieser auch von *Nius*-Chefredakteur Julian Reichelt unumwunden formulierte Wunsch einer »Wiedervereinigung des bürgerlichen Lagers« setzt eine Teilanpassung der AfD voraus: bedingungslose Solidarität mit Israel, den Bruch mit an der Putin-Regierung orientierten

Vertretern in der Partei, damit einhergehend eine Bindung an den Transatlantismus mitsamt einem klaren Bekenntnis zur NATO und schließlich eine zumindest symbolische Ablehnung von Anspielungen an den deutschen Faschismus, wie sie von den extremen Teilen der Partei in bester Dogwhistle-Manier (Dogwhistle meint die Nutzung von Codes und sprachlichen Formulierungen, die nur für die eigene Anhängerschaft verständlich sind, jW) immer wieder zu hören sind.

## **Annäherungen an die AfD**

Solche Anpassungsforderungen sind inzwischen immer häufiger von rechten Journalisten, Publizisten und einzelnen Kapitalvertretern zu hören. Bemerkenswert ist, dass die AfD viele dieser Punkte längst rhetorisch abgeräumt oder abgeschwächt hat. Der explizite EU-Austritt steht nicht mehr im Zentrum, ein NATO-Austritt wird nicht gefordert, selbst beim Thema Euro räumt die Parteispitze inzwischen ein, dass es für einen Austritt aus der Gemeinschaftswährung zu spät sei.

Eine schwarz-blaue oder blau-schwarze Koalition ist mit einer Bundes-CDU unter Friedrich Merz unwahrscheinlich. Dafür hat der Kanzler ein solches Bündnis zu oft und zu eindeutig ausgeschlossen; eine Koalition mit der AfD würde die Union aktuell zerreißen. Mittel- oder gar langfristig spricht jedoch vieles für ein Zusammengehen von Union und AfD, zumindest schrittweise. In einer sich vertiefenden Krise der Union könnten sich jene durchsetzen, die schon heute ein Ende oder zumindest ein Aufweichen der »Brandmauer« fordern und den Kontakt zum publizistischen Graubereich zwischen AfD und CDU suchen. Man erinnere sich nur an das Social-Media-Sharepic von Julia Klöckner im Bundestagswahlkampf Anfang Januar 2025 mit folgendem Spruch: »Für das, was Ihr wollt, müsst Ihr nicht AfD wählen. Dafür gibt es eine demokratische Alternative: die CDU.« Nach einer Welle der Kritik löschte Julia Klöckner den Post wieder. Man kann das als ungeschicktes Wahlkampfmanöver werten oder als Hinweis auf das Selbstverständnis einer möglichen Merz-Nachfolgerin, für die der Unterschied zwischen CDU und AfD weniger eine Frage des Inhalts als eine der Form ist.

Im vergangenen Bundestagswahlkampf waren auch im publizistischen Bereich und bei Teilen der Kapitaleseite gewisse Bewegungen in Richtung der AfD feststellbar. Dafür steht exemplarisch Thorsten Alsleben, Geschäftsführer des konservativ-neoliberalen Thinktanks »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«. Ihm zufolge sind SPD und Grüne keine Partner mehr für eine Wirtschaftswende, Friedrich Merz solle sich statt dessen zum Kanzler einer Minderheitsregierung wählen lassen. Ein anderes Beispiel ist der Historiker und Immobilienmillionär Rainer Zitelmann, der sich für ein Modell einer schwarz-gelben Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheitsbeschaffern aussprach. In der Migrations- und Klimapolitik könne man mit der AfD zusammenarbeiten, in der Russland- bzw. Ukraine-Politik hingegen mit den Grünen gemeinsame Sache machen.

Seit einiger Zeit ist insbesondere bei Springers *Welt* wieder vermehrt von der Möglichkeit einer Minderheitsregierung die Rede. Vorreiter ist hier Ulf Poschardt, seines Zeichens immerhin Herausgeber von *Welt*, *Politico* und *Business Insider*.

Auf europäischer Ebene ist in den vergangenen Monaten eine Verschiebung der christdemokratisch-konservativen EVP/EPP nach rechts erkennbar. Bei Deregulierungen und Fragen der Nachhaltigkeit gab es bereits Mehrheiten von Konservativen und extrem Rechten. Ende März stimmte das Europaparlament für Abschiebezentren außerhalb der EU. Die Mehrheit kam mit Stimmen von Mitte-rechts und rechts außen zustande.

Auch seitens des Kapitals gibt es Annäherungen. So erklärte der Verband »Die Familienunternehmer« im vergangenen November, das Kontaktverbot zur AfD aufzugeben zu haben und mit der Partei ins Gespräch zu kommen. Nach Protesten musste der Verband zurückrudern, doch die Stimmen einzelner Unternehmer, die der AfD in einigen Punkten Recht geben, ein Ende der Brandmauer oder auf Länderebene gar eine Koalition fordern, reißen nicht ab. Vor allem kursiert weiterhin der Vorschlag, die Union solle eine Minderheitsregierung bilden und punktuell auch die AfD für Mehrheiten nutzen. Danach wäre eine dauerhafte Tolerierung durch die AfD der logische nächste Schritt, eine Koalition der übernächste.

## **Mehr Macht für die Exekutive**

Von der reinen Machtpolitik der Parteien abstrahiert, stellt sich die Frage, was sich die Kapitaleseite von einer AfD erhofft. Allgemeiner gefragt: Welche Funktion könnte die AfD für den Kapitalismus übernehmen?

Vorausgesetzt die AfD und ihr Vorfeld würden den inhaltlichen Anpassungsprozess im Sinne einer »Melonisierung« fortführen, sich also klar zu Euro, EU und NATO bekennen und zusätzlich von der Maximalforderung einer millionenfachen Remigration absehen – was dem Interesse vieler Akteure in Partei und Vorfeld widerspräche –, hätte eine perspektivische Einbeziehung der AfD Vorteile für die Kapitaleseite. Mit der AfD ließe sich die Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung, die sich von den etablierten Parteien abgewandt haben, nach rechts reintegrieren. Die AfD gibt Krisenerfahrungen eine politische Form, indem sie diffuse und damit auch unberechenbare Unzufriedenheit in Nationalismus, Autoritarismus und rassistische Spaltung übersetzt, ohne jedoch die Eigentumsverhältnisse zu berühren.

Zugleich ließe sich mit ihr der eingeschlagene Weg in einen autoritäreren Kapitalismus politisch leichter beschreiten, denn an einem Abbau zumindest formaler Demokratie haben nicht nur extrem rechte Ideologen ein Interesse. So sprach Gabor Steingart vor ein paar Monaten in dem vielbeachteten Podcast von Paul Ronzheimer von einem »deutschen Defekt« infolge des Antiführerstaats, der sich nach 1945 entwickelt habe und eine erneute Machtkonzentration vermeiden sollte. Nach dem Führerstaat der Nazis sei, [wie Steingart auch in seinem aktuellen Buch schreibt](#), ein freiheitliches, soziales und föderales Regierungssystem installiert worden, das jedoch »ineffizient«, »langsam« und »reformunwillig« geworden sei. Die Lösung wäre heute eine Kanzlerdemokratie, also eine Verschiebung in Richtung der Exekutive und eine Schwächung der Legislative. Steingart ist nicht irgendwer: Der einstige Chefredakteur, Herausgeber und Miteigentümer des *Handelsblatts* und Gründer des Medienunternehmens Pioneer gilt als Journalist und Unternehmer, der bestens mit den Wirtschaftsbossen in Deutschland vernetzt ist.

Die Ausführungen Steingarts verdeutlichen, dass wir womöglich vor weitreichenden politischen Veränderungen stehen. Es wäre keine Wiederkehr des Faschismus aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wohl aber eine offene Abkehr von der bisher für den Kapitalismus funktionalen Form der Demokratie hin zu einer deutlich autoritäreren. Die parlamentarische Demokratie in der BRD mit relativ starker Verteilung politischer Macht erweist sich für Teile des wirtschaftlichen und publizistischen Establishments als zunehmend dysfunktional. Die langsame Aushöhlung soll vorangetrieben werden, was zu einer Verselbständigung der Exekutivgewalt führen könnte.

Es braucht nicht viel Vorstellungskraft, dass ein solcher institutioneller Umbau in Richtung eines autoritären Kapitalismus mit der AfD besonders leicht zu machen wäre. Es braucht ebenso wenig Vorstellungskraft, dass sich mit der AfD gut an einem Projekt arbeiten ließe, das Deutschlands Rolle in der Welt wieder mehr Geltung verschaffen soll. Die AfD stünde als rechter Flügel eines solchen Modells nicht für einen Bruch mit dem Bestehenden, auch nicht für eine offene faschistische Diktatur, sondern für dessen autoritäre Zuspitzung.

## **Auf Opitz zurückgreifen**

Das ist aus linker Sicht eine ernste Bedrohung. Dennoch ist diese mögliche Entwicklung mit dem Begriff der Faschisierung, wie er derzeit in verschiedenen linken Strömungen diskutiert wird, nur unzureichend erfasst. Politisch ist er problematisch, weil Faschismus oder Faschisierung im Alltagsverstand mit dem historischen Faschismus und in Deutschland mit der Nazidiktatur verbunden ist. Das rechte bis extrem rechte Projekt von AfD und Vorfeld kann man damit aber nicht hinlänglich beschreiben. Auch analytisch führt der Faschisierungsbegriff auf ein falsches Gleis, da er die noch vorhandene Offenheit der politischen Entwicklung unsichtbar macht.

Treffender ist ein an Reinhard Opitz angelehnter Begriff der Formierung. Mit ihm lassen sich die Verdichtung autoritärer Tendenzen und die mögliche Einbindung der AfD ins Bestehende analytisch fassbarer machen. Eine Entwicklung zu einem autoritäreren Kapitalismus ist nicht zwangsläufig eine faschistische, unabhängig davon, auf welchen der vielen Faschismusbegriffe man sich verständigt. Beim Begriff der Formierung geht es im Kern darum, die kapitalistische Reintegration von Unzufriedenheit zu fassen. Opitz ging davon aus, dass politische Herrschaft zuverlässiger gesichert sei, wenn sie nicht auf Gewalt, sondern auf der freiwilligen Zustimmung der Beherrschten basiert – autoritäre Formierung also als Anpassung an den Willen der Herrschenden und als Einbeziehung der Beherrschten in deren Projekt verschärfter Ausbeutung und Herrschaft. Doch wenn die Formierung scheitert, wenn also die Integration in das Bestehende nicht mehr funktioniert, könne es laut Opitz zu einer den Faschismus begünstigenden Situation kommen. Anders gesagt: Formierung ist nicht Faschismus, aber Faschismus wird wahrscheinlicher, wenn die Formierung nicht gelingt.

Die AfD ist ideal geeignet, die Formierung voranzutreiben. Zugleich sind gerade die fundamentaloppositionellen, dem Faschismus zugeneigten Akteure eine sichtbare Drohung für den Fall, dass die Formierung scheitert. Das ist allgemein für die Sicherung der Eigentumsverhältnisse relevant, aber auch

ganz konkret, etwa um die Gesellschaft ideologisch auf eine Militarisierung einzuschwören.

Beide Varianten, sowohl eine realpolitische als auch eine fundamentaloppositionelle AfD, sind aus Sicht sozialistischer Kräfte gefährlich, wenngleich in unterschiedlicher Weise: Eine teilerfasste AfD könnte eine Reintegration der Unzufriedenheit in die parlamentarische Demokratie bedeuten; gleichzeitig eröffnen sich durch eine »Melonisierung« reale Machtoptionen, die eine autoritäre Formierung beschleunigen dürften. Gibt es andererseits keine »Melonisierung«, besteht die Gefahr, dass die AfD weiter wächst und sich tatsächlich zu einem faschistischen Projekt im Ganzen entwickelt, das nicht mehr reintegriert werden will und kann. Diese Variante erscheint zwar aktuell etwas unwahrscheinlicher als die erste, wäre gleichwohl in ihren Konsequenzen das schlimmere Szenario.

Sebastian Friedrich ist Autor und Journalist. Gemeinsam mit Nils Schniederjann veröffentlicht er auf [www.ueberrechts.de](http://www.ueberrechts.de) Texte und Podcasts zur Entwicklung der politischen Rechten. Der vorliegende Text geht auf einen Vortrag zurück, den Friedrich am 28. März auf der Tagung »Hilfloser Antifaschismus? Strategien der Hoffnung in Zeiten rechter Formierung« in Stuttgart gehalten hat.

*<https://www.jungewelt.de/artikel/520487.afd-ideal-für-autoritäre-formierung.html>*